

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen**  
**am 24.05.2023**

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Gabriele Beckmann

(Vertretung für  
Christine Schönfeld,  
bis 16:09 Uhr)

Dr. Andreas Bruder            Vorsitzender  
Saskia Kesting  
Wolfgang Klein

(Vertretung für  
Martin Huhn)

Helga Sack  
Christine Schönfeld  
Günter Seidenberg  
Miriam Stock  
Karin Wagner

(ab 16:10 Uhr)

AG Wohlfahrtsverbände

(Vertretung für  
Annette Patock)

Kai Wittler

Beratende Mitglieder

Heiko Hagemann            SPD-Fraktion  
Erwin Jung                    CDU-Fraktion  
Ursel Meyer                   Seniorenrat  
Thorsten Petersen-von      Die Linke-Fraktion  
Knebel

(bis 17:55 Uhr)

(bis 16:55 Uhr)

Stellvertretende Mitglieder

Anja Dörrie-Sell  
Regine Ramtour  
Hendrika Rodehuts Kors  
Perry Walczok

Gäste

Léa Gauthier                            moBiel GmbH

Verwaltung

Andrea Dammann

Amt für soziale Leistungen  
- Sozialamt -

Volker Haubrock

Amt für Personal

Peter Hiltawsky

Amt für soziale Leistungen  
- Sozialamt -

Mareike Rüweler

Büro für Sozialplanung

Daniel Seifert

Dezernat 2

Schriftführung

Sven Schloemann

Amt für soziale Leistungen  
- Sozialamt -

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt die Anwesenden zur 19. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

-.-.-

#### **Zu Punkt 1**      **Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner\*innen anwesend.

-.-.-

#### **Zu Punkt 2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 18. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 26.04.2023**

##### **Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 18. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 26.04.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

#### **Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

##### **Zu Punkt 3.1**      **Umbenennung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention -540-**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Mitteilung der Verwaltung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

##### **Zu Punkt 3.2**      **Informationen zum Pflegegipfel am 12.05.2023**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die als Tischvorlage (**Anlage 1**) ausliegende Mitteilung der Verwaltung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

**Zu Punkt 3.3 Aktueller Sachstand zum "Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut"**

Herr Schloemann weist darauf hin, dass die Mitteilung der Verwaltung für diese Sitzung nicht vorliege und als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 2**) nachgereicht werde.

-.-.-

**Zu Punkt 3.4 Sommerfest des Blinden- und Sehbehindertenvereins Bielefeld e.V. am 24.06.2023**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder teilt mit, dass der Blinden- und Sehbehindertenverein Bielefeld e.V. während der Corona-Pandemie seine Vereinsräume mit Fördermitteln der Aktion Mensch e.V. und der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW umfassend umgebaut und barrierefrei gestaltet habe.

Der Blinden- und Sehbehindertenverein Bielefeld e.V. lade die Mitglieder des Beirates für Behindertenfragen daher herzlich zur Eröffnungsfeier am 24.06.2023 ab 12:30 Uhr im Rahmen eines Sommerfestes in die Vereinsräume in der Weststraße 87 ein.

-.-.-

**Zu Punkt 4 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

**Zu Punkt 6 Abschluss der Vorplanung zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 nach Sennestadt (Mobilitätslinie)**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 6032/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder informiert die Anwesenden, dass die Verwaltung mit dem durch den Beirat für Behindertenfragen heute zu fassenden Beschluss ermächtigt werde, in die Planungen zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 nach Sennestadt einzusteigen. Er weist darauf hin, dass mit dem Genehmigungsverfahren erst mit Einreichung aller für den Antrag notwendigen Unterlagen ab Ende

2024 begonnen werden könne, was die Projektleiter\*in der moBiel GmbH, Frau Gauthier, bestätigt. Frau Gauthier stellt klar, dass die moBiel GmbH jedoch anstrebe, die Verlängerung der Stadtbahnlinie im Anschluss an das Genehmigungsverfahren schnellstmöglich umzusetzen.

Sie berichtet auf Nachfrage von Herrn Walczok, dass die Planung als Endpunkt der Linie 1 voraussichtlich die Endhaltestelle Alsterweg vorsehe. Auf dem Weg dorthin passiere die Stadtbahn die Elbeallee. Auf Nachfrage zu einer Fortführung der Strecke bis zur Württemberger Allee teilt Frau Gauthier mit, dass die moBiel GmbH in diesem Jahr nochmals eine Kosten-Nutzen-Untersuchung hierzu durchführen werde. Sofern das Ergebnis für eine Fortführung der Strecke bis zur Württemberger Allee als Endhaltestelle spreche, würden diese letzten Meter der Strecke ebenso geplant. Da bereits Pläne vorliegen würden, führe dies auch zu keiner großen Verzögerung der Gesamtplanung. Frau Gauthier informiert die Anwesenden, dass die bisherige Endhaltestelle ihren Status als Umsteigepunkt verlieren werde. Zentraler Umsteigepunkt in die Busse in Sennestadt werde die Haltestelle Kreuzkirche. In diesem Zusammenhang weist Herr Walczok darauf hin, dass der Höhenunterschied zwischen Zug und Bahnsteigkante für mobilitätseingeschränkte Menschen häufig ein Problem sei. Er mahnt an, dass bei der Ausführung darauf geachtet werden müsse, dass der Höhenunterschied zwischen Zug und Bahnsteigkante unbedingt unter einem Zentimeter liege. Frau Gauthier sichert zu, diese Information weiterzugeben.

Herr Seidenberg kritisiert die gemeinsame Führung von Rad- und Fußverkehrswegen entlang der Stadtbahntrasse. Die Planung stelle in Anbetracht des steigenden Radverkehrs und den z. T. damit verbundenen hohen Geschwindigkeiten eine Gefahr für Menschen mit Behinderung dar. Der Beirat für Behindertenfragen müsse sich daher für eine strikte Trennung von Rad- und Fußverkehr einsetzen und dies im Beschluss deutlich machen. Frau Gauthier sichert Herrn Seidenberg zu, die Anregung weiterzugeben. Sie erklärt, dass aufgrund der Eigentumsverhältnisse jedoch eine getrennte Führung von Rad- und Fußverkehr nicht immer möglich wäre.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder schlägt folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages vor:

3. *Der Beirat für Behindertenfragen weist darauf hin, dass gemeinsame Fuß- und Radwege bei der Planung unbedingt zu vermeiden sind.*

Vorsitzender Herr Dr. Bruder fragt, ob es Einwände gegen diese Ergänzung gebe. Seitens der Anwesenden werden gegen die Formulierung keine Einwände geäußert.

Es ergeht folgender

**Beschluss:**

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss sowie die Bezirksvertretungen Senne und Sennestadt in Zuständigkeit für ihre Bezirke den Beschluss zu fassen dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, zu beschließen:

1. Die durch moBiel und das Amt für Verkehr erstellte Vorplanung für die Mobilitätslinie wird als Grundlage für die Entwurfsplanung beschlossen.
2. Das Amt für Verkehr und moBiel werden beauftragt, auf der Vorplanung aufbauend die Entwurfsplanung mit folgenden Schwerpunkten weiterzuentwickeln:
  - a) Weitere Optimierung der Straßenraumaufteilung entlang der L756, insbesondere in den Knotenpunktbereichen, zur Reduzierung des Flächenverbrauchs im Bereich der Ortslagen Senne und Sennestadt;
  - b) Vertiefung der Planungen im Bereich Sennestadt Nord (Elbeallee und Endhaltestelle Alsterweg) vor dem Hintergrund der bisherigen Anregungen;
  - c) Die in der Begründung aufgeführten Prüfaufträge werden umgesetzt;
  - d) Die Nutzen-Kosten-Untersuchung, auf der die Bewertung der Nahverkehrskonzept-Variante basiert, wird aufgrund geänderter gesetzlicher Regelungen aktualisiert. Sofern sich bei der aktualisierten Bewertung neben der Variante Alsterweg eine weitere Variante als tragfähig darstellt, wird diese im Rahmen der Entwurfsplanung vertieft untersucht.
3. Der Beirat für Behindertenfragen weist darauf hin, dass gemeinsame Fuß- und Radwege bei der Planung unbedingt zu vermeiden sind.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

**Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Stadtverwaltung Bielefeld**

Herr Haubrock stellt den Anwesenden die Zahlen zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen bei der Stadt Bielefeld vor. Im Vergleich zum Vorjahr sei die Schwerbehindertenquote im Jahr 2022 um 0,22 Prozentpunkte auf jetzt 6,83 % gesunken. Auf Nachfrage von Frau Wagner teilt Herr Haubrock mit, dass die Gründe hierfür darin liegen könnten, dass viele Beschäftigte altersbedingt

ausgeschieden seien oder ihren Schwerbehindertenstatus aufgrund einer Befristung verloren hätten. Hinzu komme, dass sich nur wenige Menschen mit Behinderung auf Stellenangebote der Stadt Bielefeld beworben hätten. Personalnachwuchs zu finden sei für die Stadt Bielefeld jedoch allgemein nicht mehr leicht. Die Verwaltung strebe an, in Zukunft wieder eine Schwerbehindertenquote von mehr als 7% zu erreichen. Herr Haubrock informiert auf Nachfrage des Vorsitzenden, dass die gesetzliche Quote bei 6% liege. Werde diese verfehlt, müsse eine Ausgleichsabgabe an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe entrichtet werden. Frau Stock merkt an, dass viele Menschen mit Behinderung aus Angst vor Nachteilen ihrem Arbeitgeber nicht bekannt geben würden, dass sie einen Schwerbehindertenstatus hätten. Hier sei es Aufgabe des Arbeitgebers, den Beschäftigten deutlich zu machen, dass die Information über diesen Status erwünscht sei und keine Nachteile mit sich bringe. Herr Haubrock erklärt, dass die Stadt Bielefeld dies bereits praktiziere.

Bezüglich Neueinstellungen teilt Herr Haubrock mit, dass die Stadt Bielefeld im Jahr 2022 29 Menschen mit einem Grad der Behinderung von mehr als 50% eingestellt habe. Im Jahr 2021 seien es noch 15 Menschen mit Behinderung gewesen. In der Integrationsabteilung der Museen beschäftige die Stadt Bielefeld 12 Menschen mit Behinderung als Aufsichtskräfte, was einer Steigerung um vier Stellen im Vergleich zum Vorjahr entspreche.

Bei den Stellen mit besonderer Regelung (b.R.) weist Herr Haubrock darauf hin, dass insgesamt 42 Vollzeitstellen für Menschen mit Behinderung aktuell durch 65 Beschäftigte, auch in Teilzeit, besetzt seien.

Aktuell bilde die Stadt Bielefeld im Rahmen der theoriereduzierten Ausbildung eine Lagerkraft im Umweltbetrieb sowie einen Werker im Gartenbau aus. Herr Haubrock kündigt an, dass es im Jahr 2024 wieder das Angebot der theoriereduzierten Ausbildung als Werker im Gartenbau geben werde. Auf Nachfrage von Herrn Walczok teilt Herr Haubrock mit, dass es sich bei der Tätigkeit als Werker um eine Tätigkeit auf dem 1. Arbeitsmarkt handele. Die Auszubildenden seien direkt über die Stadt Bielefeld eingestellt. Bezüglich der Tätigkeit im Bereich der Verwaltung erklärt Herr Haubrock, dass es für die Verwaltungsausbildung im Beamten- oder Angestelltenverhältnis keine theoriereduzierte Ausbildung gebe. Sofern sich Menschen mit Behinderung auf einen Ausbildungsplatz in der Verwaltung bewerben würden, würde die Stadt Bielefeld diese bei gleicher Eignung aber bevorzugt einstellen.

-.-.-

## Zu Punkt 8

### Sicherstellung von pflegeergänzenden Strukturen im Bielefelder Modell

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6119/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt Frau Dammann, welche den Anwesenden die als Tischvorlage vorliegende Beschlussvorlage vorstellt und auf die Hintergründe eingeht.

Auf Nachfrage von Herrn Walczok erklärt Frau Dammann, dass die Höhe der Pflichtleistungen, welche es für den ambulanten und stationären Bereich gebe, gesetzlich geregelt seien und die Stadt Bielefeld darauf keinen Einfluss habe. Um die ambulanten Strukturen weiter zu fördern, habe sich die Stadt Bielefeld jedoch entschieden, außerhalb dieses Regelsystems zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen.

Der Fachkräftemangel stelle ein großes Problem dar. Frau Dammann teilt mit, dass für die Präsenzkraft in den Quartieren eine pflegfachliche oder sozialarbeiterische Ausbildung nicht notwendig sei. Vielmehr solle diese als Ansprechpartner\*in im Quartier fungieren und die Arbeit der pflegenden Menschen ergänzen.

Es ergeht folgender

#### Beschluss:

**Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss und dem Finanz- und Personalausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, zu beschließen:**

- 1. Das Bielefelder Modell ist ein zentraler Baustein in der pflegerischen Versorgung in Bielefeld. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen gewinnt der breite Wunsch nach Versorgung in der eigenen Häuslichkeit oder – falls die Anforderungen an Barrierefreiheit, Assistenz und Pflege steigen – nach Versorgung in einer barrierefreien Wohnung im eigenen Quartier an Bedeutung. Das Bielefelder Modell hat das Ziel, quartiersbezogen in die Nachbarschaft der Wohnprojekte zu wirken. Es verbindet pflegeergänzende Strukturen für das Quartier, Teilhabe und ehrenamtliches Engagement in einem ambulanten Versorgungsrahmen.**
- 2. Die Finanzierung der Quartiersarbeit im Bielefelder Modell wird gem. der Beschlussvorlage 2240/2020-2025 fortgeführt. Die hierfür benötigten finanziellen Mittel i.H.v. 80.000 € stehen im System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen in der aktuellen und mittelfristigen Finanz-**

planung des Amtes für soziale Leistungen zur Verfügung.

3. Zur Sicherung und Weiterentwicklung der pflegeergänzenden Strukturen im Bielefelder Modell werden für einen Projektzeitraum von 2 Jahren 250.000 € jährlich aus kommunalen Mitteln zur Verfügung gestellt, um jeweils eine Präsenzkraft an 10 Standorten des Bielefelder Modells zu finanzieren. Die Deckung der dafür benötigten Ausgaben im Jahre 2023 erfolgt aus Minderausgaben in der Produktgruppe 11.05.03. Für das Haushaltsjahr 2024 und 2025 wird dieser Betrag in die Haushaltsplanung des Amtes für soziale Leistungen aufgenommen. Es werden damit die ungedeckten Mehraufwendungen für diesen Zeitraum im Vorgriff auf den Haushalt 2024 genehmigt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Kooperationspartnern im Bielefelder Modell eine standortbezogene Umsetzung abzustimmen, die eine finanzielle Beteiligung der Kooperationspartner einschließt. Hierzu wird die Verwaltung nach der Sommerpause in den politischen Gremien berichten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Kooperationspartnern im Bielefelder Modell und weiteren Partnern an einem Umsetzungsvorschlag zur nächtlichen Versorgung zu arbeiten. Hierbei sind Möglichkeiten der trägerübergreifenden Zusammenarbeit sowie einer Projektförderung auf Bundes- und Landesebene zu eruieren und ggf. mit einzu beziehen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 9

### Plan-BIE Mapping Aktion

Frau Rüweler informiert die Anwesenden mit einer Präsentation (**Anlage 3**) über die Plan-BIE Mapping Aktion.

Im Anschluss geht sie auf Fragen und Anregungen von Frau Dörrie-Sell, Herrn Hagemann und Herrn Walczok ein.

Der Karte, welche unter [https://stadtplan.bielefeld.de/app/plan\\_bie](https://stadtplan.bielefeld.de/app/plan_bie) sowie über eine App aufrufbar sei, seien auch tagesaktuelle Klimadaten zu entnehmen. Im Rahmen der Kartierungsaktion sollen zunächst die Zonen Kesselbrink, Jahnplatz, Rathaus und Neumarkt bzgl. Schwerbehindertentoiletten und -Parkplätzen, Fahrstühlen und barrierefreien Zugängen zu öffentlichen Gebäuden sowie vorhandenen Sitzgelegenheiten kartiert werden. Sofern zeitlich möglich könnten die festgelegten Zonen auch ausgedehnt werden, beispielsweise Neumarkt in Richtung Hauptbahnhof, um auch den

dortigen Bereich im Rahmen der Kartierungsaktion mit zu erfassen. Bezüglich der Anregung zur Implementierung einer Vorlesefunktion in der App erklärt Frau Rüweler, dass sie versuchen werde, dass Amt für Geodaten und Kataster als für die App verantwortliche Stelle dahingehend zu sensibilisieren, die App weiterstgehend barrierefrei zu gestalten.

-.-.-

**Zu Punkt 10 Inklusionsplanung - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 10.1 HostTown Bielefeld**

Herr Seifert berichtet mit einer Präsentation (**Anlage 4**) über das Projekt HostTown.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder dankt Herrn Seifert für seine Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Es werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

**Zu Punkt 11 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)**

- Herr Wittler berichtet über Themen der Sitzung des **Schul- und Sportausschusses** vom 23.05.2023.
- Frau Dörrie-Sell teilt mit, dass der **Kulturausschuss** am 17.05.2023 getagt habe. Zentrales Thema der Sitzung seien die Geschäftsberichte der Kultureinrichtungen gewesen. Bezüglich der Lesungen für Kinder von Buchautor\*innen in der Stadtbibliothek habe sie angeregt, diese Lesungen mit Gebärdensprachdolmetscher\*innen zu begleiten. Der Vorschlag sei mit der Einschränkung angenommen worden, dass dieses Angebot nur bei ausgesuchten Lesungen für Kinder vorgehalten werden solle.
- Aus der Sitzung des **Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz** vom 16.05.2023 berichtet Frau Dörrie-Sell, dass u. a. der Punkt Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030 mit dem Schwerpunkt Fußverkehrsstrategie vorgestellt wurde. Sie habe bemängelt, dass in der Begründung nur reduziert auf die angedachten Maßnahmen für mobilitätseingeschränkte Menschen eingegangen worden sei. Es werde zu dem Punkt eine weitere Lesung geben.
- Herr Seidenberg informiert die Anwesenden, dass er an der Sitzung des **Digitalisierungsausschusses** am 04.05.2023 teil-

genommen habe. Thema sei u. a. der Stand der Digitalisierung der Bielefeld Schulen gewesen. In dem Zusammenhang habe er darauf hingewiesen, dass die Barrierefreiheit bei der Digitalisierung nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Zwar habe die Verwaltung zugesichert, dass diese bei der Digitalisierung der Bielefelder Schulen beachtet werde, dennoch plädiere er dafür, nach der Sommerpause eine Anfrage zum Stand der Barrierefreiheit der Digitalisierung der Bielefelder Schulen an die Verwaltung zu richten.

-.-.-

**Zu Punkt 12**     **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

**Zu Punkt 13**     **Bericht an die Presse**

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.